



NEUDRUCK

Ausschuss für Kultur und Medien

4. Sitzung (öffentlich)

17. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 14:08 Uhr

Vorsitz: Christina Osei (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1200 Drucksache 18/1500 (Ergänzung)	
Vorlage 18/367 (Erläuterungsband zu EP 02) Vorlage 18/371 (Erläuterungsband zu EP 06)	
Stellungnahme 18/116	
Vorlage 18/470 Vorlage 18/469 Vorlage 18/468	
– abschließende Beratung und Abstimmung zu Einzelplan 02 – Ministerpräsident – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses	
– abschließende Beratung und Abstimmung zu Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses	

Medien	4
– Wortbeiträge	
Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP sowie bei Enthaltung von SPD und AfD stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 02 – Ministerpräsident – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses zu.	
Kultur	6
Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und FDP sowie bei Enthaltung der AfD stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses zu.	
2 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise	10
– Bericht durch Ministerin Ina Brandes (MKW)	
– Wortbeiträge	
3 Verschiedenes	12

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, dass Ministerin Brandes heute auch den Medien-Part übernehmen werde, da Minister Liminski für heute entschuldigt sei.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 (Ergänzung)

Vorlage 18/367 (Erläuterungsband zu EP 02)
Vorlage 18/371 (Erläuterungsband zu EP 06)

Stellungnahme 18/116

Vorlage 18/470
Vorlage 18/469
Vorlage 18/468

- abschließende Beratung und Abstimmung zu Einzelplan 02 – Ministerpräsident – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses
- abschließende Beratung und Abstimmung zu Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1200 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an alle Fachausschüsse am 2. November 2022)

Vorsitzende Christina Osei leitet ein, der Gesetzentwurf der Landesregierung habe mit Drucksache 18/1500 eine Ergänzung erhalten.

Die Fraktion der SPD und die Fraktion der FDP hätten von der Verabredung Gebrauch gemacht, im Vorfeld dieser Sitzung schriftlich Fragen an die Landesregierung zu richten. Auf die Fragen hin seien mit den Vorlagen 18/468 ,18/469 und 18/470 schriftliche Antworten zugegangen. Hierfür bedanke sie sich bei beiden Ressorts.

Es sei vereinbart worden, heute die Aussprache, Beratung und letztlich die Abstimmung über Voten an den Haushalts- und Finanzausschuss durchzuführen.

Medien

Sven Werner Tritschler (AfD) erkundigt sich nach einer Strategie, wie man bei den Games-Arbeitsplätzen Nummer eins werden wolle. Die Landesregierung freue sich, dass sie die meisten Fördermittel ausreiche, aber das könne doch keine Erfolgskennzahl sein. Lediglich 2 von 35 Topstudios kämen aus Nordrhein-Westfalen. Dies spreche weniger für eine erfolgreiche Games-Förderung.

RB'e Andreas Lautz (Staatskanzlei) erläutert, die Fördersumme an sich sei natürlich nicht die entscheidende Kennzahl, sondern die entscheidende Kennzahl sei, dass es

regelmäßig zu den Jurysitzungen deutlich mehr Anträge gebe, als bewilligt werden könnten, und dass unter den bewilligten Förderungen zahlreiche kleinere Fördernehmer seien.

Ralf Witzel (FDP) sagt, er sei gerade über die Mitteilung der Vorsitzenden überrascht gewesen, dass die Fragen der Fraktionen beantwortet worden seien. Ihn als medienpolitischer Sprecher habe keine Antwort der Landesregierung erreicht. Er finde es unbefriedigend, dass die Unterlagen zu Sitzungsbeginn nicht bekannt seien, völlig unabhängig von dem unmöglichen Haushaltsverfahren, von der Erstpräsentation des Haushalts bis zur abschließenden Entscheidung nur eine Woche Zeit zu haben.

Vorsitzende Christina Osei erklärt, die Antworten gingen immer an das ordentliche Mitglied des Ausschusses, in diesem Fall an Herrn Dr. Pfeil. In Papierform seien die Antworten erst heute Morgen herausgegangen.

Ihm liege beides nicht vor, kritisiert **Ralf Witzel (FDP)**. Von seiner Fraktion gebe es nur ein ordentliches Mitglied in diesem Ausschuss, der medienpolitische Sprecher und der kulturpolitische Sprecher seien jedoch verschiedene Personen wie bei den anderen Fraktionen auch. Er bitte daher darum, mit in den Verteiler aufgenommen zu werden.

Vorsitzende Christina Osei erwähnt, die Bitte werde aufgenommen und weitergegeben, versprechen könne sie es aber nicht, weil sie nicht die Gepflogenheiten kenne.

Alexander Vogt (SPD) führt aus, die Diskussion zeige, dass das extrem kurzzeitige Haushaltsberatungsverfahren durchaus das eine oder andere Problem aufwerfe.

Im Medienhaushalt würden bestimmte Schwerpunkte gesetzt. Seine Fraktion hätte sich gewünscht, dass gerade im Bereich Medienkompetenz und Schutz von Medienschaffenden ein deutlicheres Zeichen gesetzt würde. Dies sei leider nicht der Fall. Nichtsdestotrotz gebe es einige Punkte, die seine Fraktion mittrage. Von daher werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Andrea Stullich (CDU) bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für den Haushaltsentwurf. Er mache die Vielzahl an Themen und Projekten im Bereich der Medienpolitik deutlich, und das, obwohl der Anteil des Medienetats am Gesamtvolumen des Haushalts nur 0,04 % betrage. Viele Bereiche der Medienpolitik könnten ja zu Recht aufgrund der Staatsferne nicht mit Geld hinterlegt werden. Insofern sei der Medienetat klein, aber eben nicht unbedeutend. Dieser sei seit 2017 um 70 % gewachsen. Kaum ein anderer Teilhaushalt sei in dieser Zeit prozentual mehr gesteigert worden als der Medienhaushalt. Auch das müsse lobend erwähnt werden.

Schwerpunkt sei die Förderung der Film- und Medienstiftung NRW als zentrale Förderagentur. Sehr positiv bewerte ihre Fraktion aber auch den Ausbau der Games-Förderung der Film- und Medienstiftung, in diesem Fall mit den Schwerpunkten Serious Games und Gamification. Serious Games seien kein Massenmarkt, aber eine ganz

wichtige Nische, und Gamification sei ein sehr spannendes Thema. Gamification nutze beim Lernen den natürlichen Spieltrieb. Dies gelte fürs Üben beim Führerschein, bei Sprachlernspielen, Feuerwehrübungen bis hin zum Flugsimulator. Dieses Feld werde immer größer und eröffne gerade im Bereich Bildung und Weiterbildung viele Möglichkeiten. Von daher halte ihre Fraktion diese Förderung für richtig.

Genauso richtig und wichtig sei die Unterstützung innovativer journalistischer Projekte. Dazu zähle auch die Förderung des Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog, ein bundesweit einmaliges Institut. Es gehe unter anderem um die Fragen, wie sich Journalismus im digitalen Zeitalter weiterentwickeln müsse und was die Menschen von einem Journalismus erwarteten, für den sie auch in Zukunft noch bereit sein, zu bezahlen. Das Bonn Institute sei Anfang des Jahres gegründet worden. Die Haushaltsmittel 2023 sollten eine langfristige Perspektive ermöglichen. Dies finde ihre Fraktion richtig.

Auch wenn der Haushalt wenig finanziellen Spielraum lasse, werde man 2023 den Medienstandort NRW erfolgreich weiterentwickeln, verlässlich, planbar und natürlich zukunftsorientiert.

Sie wolle nicht all das wiederholen, führt **Anja von Marenholtz (GRÜNE)** aus, was sie bereits in der letzten Woche gesagt habe. Ihre Fraktion begrüße, dass die Medienkompetenzförderung in diesem Haushalt einen so hohen Stellenwert habe. Dort gebe es den größten Aufwuchs, zumindest gemessen daran, woher er komme. Aufklärung bedeute auch Schutz für junge Menschen, damit diese in der Lage seien, Nachrichten einzuordnen. Dies sei gerade in diesen Zeiten sehr wichtig.

Gemessen an dem, was angesichts des engen Haushaltsrahmens möglich sei, sei ihre Fraktion zufrieden. Die Schwerpunkte seien gut und richtig gesetzt. Von daher werde ihre Fraktion dem Medienhaushalt zustimmen.

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, Änderungsanträge zum Gesetzentwurf lägen nicht vor.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP sowie bei Enthaltung von SPD und AfD stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 02 – Ministerpräsident – im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses zu.

Kultur

Sven Werner Tritschler (AfD) verweist auf einen Beitrag in der WELT, wonach sich die Ministerin mit Antisemitismus in der Kulturlandschaft auseinandersetze und hierzu eine Anlaufstelle schaffen wolle. Ihn interessiere, wo diese im Haushalt etatisiert werde.

Die Anschläge auf Kunstwerke nähmen derzeit zu. Glücklicherweise gebe es in Nordrhein-Westfalen noch keinen Fall. Er frage, inwieweit geplant sei, die Mittel zur Sicherung von Kunstwerken zu erhöhen.

Ministerin Ina Brandes (MKW) antwortet, da bislang in Nordrhein-Westfalen keine Kunstwerke beschädigt worden seien, werde aktuell keine Notwendigkeit gesehen, an den Sicherungsmaßnahmen, die offensichtlich wirkten, etwas zu ändern.

Die Anlaufstelle solle ein Netzwerk sein, in dem Kultureinrichtungen für verschiedene Fragen Unterstützung bekämen. Dort gehe es um Themen wie Nachhaltigkeit, Attraktivität als Arbeitgeber, wo aber auch die Themen „Provenienzforschung“, „Antisemitismus“ und andere unterkommen sollten. 2023 gehe man in die Planung dieses Netzwerks. Finanziert werde das aus dem allgemeinen Aufwuchs des Kulturretats, also der 5 Millionen. Zum Ende des Jahres 2023 und Anfang des Jahres 2024 werde es in die Umsetzung gehen.

Dr. Werner Pfeil (FDP) stellt klar, dass die Gesamtdauer von nur 47 Tagen, um über den Haushalt zu debattieren, viel zu kurz sei. Dies sei schon mehrfach geäußert worden, ihm sei es aber wichtig, dies vorwegzustellen.

Die am 8. November 2022 vorgelegten Ergänzungsvorlagen bekräftigten die Bedenken seiner Fraktion. Die kurzfristige Ergänzung verändere die Haushaltsarchitektur sehr grundsätzlich und werfe viele Fragen auf, die derzeit noch nicht beantwortet werden könnten. Beispielsweise stelle sich die Frage, was mit den weiteren rund 11 Milliarden Euro auf die beabsichtigten 114,7 Milliarden gemacht werde und in welchen Haushaltsstellen sich diese wiederfänden.

Im Haushaltsansatz 2023 seien 5,6 Millionen Euro mehr vorgesehen als im letzten Haushalt. Dies lasse nicht erkennen, dass die lineare Steigerung auch nur ansatzweise umgesetzt werde. Das sei natürlich der wirtschaftlichen Lage geschuldet, trotzdem wolle er darauf noch einmal hinweisen.

In der Titelgruppe 62 Titel 683, die Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen, fehle 1 Million Euro, obwohl es doch einen Aufwuchs von 5,6 Millionen Euro gebe. Hier interessiere ihn der Grund.

Es gebe zwar positive Signale für die Stärkung der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am kulturellen Leben, aber insgesamt sei die fehlende lineare Steigerung der Grund, warum seine Fraktion dem Kulturhaushalt nicht zustimme.

Ministerin Ina Brandes (MKW) erläutert, der Grund für die 1 Million Euro mehr in der letzten Legislaturperiode sei ein damaliger Haushaltsänderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen gewesen. Dies sei aus einem Topf, der damals den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden sei, bestritten worden. In diesem Jahr gebe es dafür bisher in der Haushaltplanberatung keine Spielräume. Deswegen sei die Sonderförderung von 1 Million weggefallen.

Andreas Bialas (SPD) schließt sich der Kritik des Abgeordneten Pfeil an, dass es die Kontinuität der letzten Jahre im Aufwuchs nicht mehr gebe. Dies verwundere gerade vor dem Hintergrund der im Koalitionsvertrag und im Rahmen des Wahlkampf angekündigten Vorhaben, der Vorhaben, die sich aus dem Kulturgesetz ergäben, sowie der aktuellen Herausforderungen. Etliche dieser Vorhaben könnten nicht umgesetzt werden. Dies sei ein schlechtes Zeichen.

Nichtsdestotrotz sei es immer gut, wenn mehr Geld im Haushalt sei. Dies sei jedoch bei fast jedem Haushalt der Fall. In der Regel sei jeder Haushalt der höchste, den es je gegeben habe. Eine lineare Erhöhung würden 30 Millionen Euro mehr bedeuten. Insofern fehlten knapp 25 Millionen. Diese sollten noch draufgepackt werden. Es werde ja noch Änderungsanträge geben. Aufgrund der kurzen Beratungszeit werde auch seine Fraktion erst zum Plenum Änderungsanträge vorlegen. Das Geld könnte gut zur Absicherung der Künstlerinnen und Künstler gerade in der derzeitigen Energiekrise eingesetzt werden.

Ministerin Ina Brandes (MKW) bittet darum, Dinge nicht miteinander zu vermischen. Es gebe im kommenden Jahr einen moderaten Aufwuchs des Kulturhaushalt im Rahmen dessen, was haushalterisch möglich sei. Gleichzeitig gebe es den festen Vorsatz, in dem Dreisäulenprogramm für die Bewältigung der Energiekrise zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Es bestehe die Absicht, auch die Kultureinrichtungen, die Künstlerinnen und Künstler aus diesen Mitteln zu unterstützen. Deshalb bitte sie darum, das Thema „Bewältigung der Energiekrise“ und die Beratung des Einzelplans 06 nicht miteinander zu verbinden. Dies seien zwei völlig verschiedene Dinge. Man kümmere sich um beides.

Heike Wermer (CDU) weist den Vorwurf zurück, dass es nur einen Aufwuchs von 5 Millionen gebe. Angesichts der derzeitigen kritischen Zeiten könne man sich freuen, dass es einen Aufwuchs gebe.

Die Ministerin habe ausgeführt, dass die Energiekrise sowie die Unterstützung des Kulturbetriebs separat betrachtet würden. Gleichwohl wirkten sich die Energiekrise und die Entlastungspakete des Bundes auf den Haushalt aus, sodass es insgesamt einen engeren Spielraum an finanziellen Möglichkeiten gebe. Vor dem Hintergrund finde sie den Aufwuchs von 5 Millionen Euro sehr erfreulich. Dies mache deutlich, dass man weiterhin verlässlich an der Seite der Kulturszene und der Kulturschaffenden in Nordrhein-Westfalen stehe.

Der Haushalt entspreche den Schwerpunkten, die man sich vorgenommen habe, einerseits im Koalitionsvertrag, andererseits in der kleinen Regierungserklärung. Natürlich könne nicht alles gleichzeitig angepackt werden. Die Legislaturperiode dauere fünf Jahre. Insofern habe man durchaus Zeit, das eine oder andere anzustoßen. Beispielsweise würden die Honoraruntergrenzen angepackt sowie Kinder und Jugendliche, aber auch die freie Kulturszene unterstützt. Es gebe Kulturangebote in der Fläche. Und auch das angesprochene Netzwerk, das im nächsten Jahr konzipiert werden solle, treffe den Nerv der Zeit mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit, Klimaneutralität, Diversität und Digitalisierung.

Von daher sei der Haushaltsentwurf im Rahmen des Möglichen sehr gut. Ihre Fraktion werde diesem zustimmen.

Ralf Witzel (FDP) erwähnt, der Haushaltsgesetzgeber setze natürlich die Schwerpunkte dort, wo er sie sehe. Er weise nur darauf hin, damit kein falscher Eindruck entstehe, dass es ein stark ansteigendes Haushaltsvolumen gebe. Es sei ja gerade gesagt worden, dass es in diesen Zeiten viele Aufgaben gebe und das Geld sehr knapp sei. Natürlich gebe es besondere Herausforderungen vor dem Hintergrund der Energiekrise, aber auch eine Inflation, die alle Einzelpläne treffe, und infolgedessen einen sehr ordentlichen Haushaltsaufwuchs um rund 5 Milliarden Euro. Das sei ein gigantischer Sprung. Er widerspreche ausdrücklich der Darstellung, der Bund würde dafür sorgen, dass die Länder so wenig Geld hätten. Es gehe ausschließlich um die Frage, dass der Staat nicht noch überproportional an der Krise verdiene, weil sich natürlich mit der Inflation Steuerprozentsätze, die eingenommen würden, auf höhere Beträge bezögen. Der Bund solle nicht dafür sorgen, dass die Länder weniger Geld hätten als in der Vergangenheit. Ansonsten gäbe es ja auch keinen Aufwuchs von 5 Milliarden Euro im Landeshaushalt.

Vorsitzende Christina Osei weist den Abgeordneten Witzel darauf hin, dass, da die FDP nur ein ordentliches Mitglied in diesem Ausschuss habe, zum Thema „Kultur“ nur der kulturpolitische Sprecher, also Herr Dr. Pfeil, sprechen dürfe und nicht er. Sie habe es in diesem Fall ausnahmsweise zugelassen, weil sie seine Erregung bei diesem Thema gespürt habe. Beim nächsten Mal werde sie Herrn Dr. Pfeil bitten, dazu zu sprechen.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und FDP sowie bei Enthaltung der AfD stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses zu.

2 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise

Vorsitzende Christina Osei bittet die Ministerin um den regelmäßigen Sachstandsbericht.

Ministerin Ina Brandes (MKW) trägt vor:

Gerne berichte ich über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Energiepreise und der Auswirkungen auf die Kultur.

Zunächst zur Lage auf Landesebene: Die Kulturabteilung meines Ministeriums hat eine stichprobenartige Abfrage bei unterschiedlichen Kultureinrichtungen, Theater, Konzertsäle, Museen, gestartet. Auch andere Länder haben vergleichbare Abfragen durchgeführt. Das Ergebnis ist ausgesprochen heterogen. Das hängt zum einen damit zusammen, dass sehr unterschiedliche Energieträger zum Einsatz kommen, also Gas, Strom, Fernwärme, Öl usw., aber auch daran, dass die Energieversorger je nach Region oder Kommune unterschiedlich aufgestellt sind. Schließlich sind die Vertragsverhältnisse sehr vielfältig, und teilweise konnten keine Angaben gemacht werden, weil die Energieversorger noch keine neuen Abschlagszahlungen angefordert haben. Im Ergebnis haben wir es daher mit Steigerungsraten in einem Spektrum von 0 bis 400 % zu tun. Wir beobachten diese Entwicklung natürlich weiterhin sorgfältig und sind im ständigen Kontakt mit den Einrichtungen.

Wie Sie wissen, war die Energiepreisentwicklung auch Thema der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler am 3. November. Dort wurde entschieden, dass im Rahmen des 200-Milliarden-Euro-Pakets des Bundes, des sogenannten Wirtschaftsstabilisierungsfonds, 1 Milliarde Euro für die Kultur zur Verfügung steht. Insofern konnte für die Kultur ein gutes Ergebnis erzielt werden. Da der Wirtschaftsstabilisierungsfonds nur für Hilfen aufgrund der Energiepreissteigerungen eingerichtet wurde, dürfen da keine anderen Zwecke erfasst werden. Also auch inflationsbedingte Sachkostensteigerungen oder Mindereinnahmen aufgrund des zögerlichen Publikumsverhaltens können damit nicht aufgefangen werden. Bislang sind mir nur ein paar Eckpunkte der Ausgestaltung des Programms bekannt. Die Details werden derzeit ausgearbeitet.

Was ich Ihnen aber schon sagen kann, ist: Die Hilfen sollen bis April 2024 zur Verfügung stehen. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt ja auch die Gas- und Strompreisbremse. Antragsberechtigt sind öffentliche und private Kultureinrichtungen. Ebenso sollen Veranstalter gefördert werden. Derzeit ist geplant, dass die Mehrkosten bei Kultureinrichtungen, die überwiegend öffentlich gefördert werden, zu 50 % und bei solchen in privater Trägerschaft zu 90 % gefördert werden, natürlich nach Abzug des Eigenbeitrags zur Energieeinsparung von 20 %. Berechnungsgrundlage dafür wird die Differenz zwischen den aktuellen Energiekosten und denen von vor der Coronapandemie sein. Auch andere Energieträger wie Öl und Holzpellets werden einbezogen, denn auch hier sind erhebliche Teuerungsraten festzustellen. Schließlich wird auf der Grundlage der Endabrechnung noch einmal spitz abgerechnet werden müssen, auch um eine Überkompensation zu vermeiden.

Für Künstlerinnen und Künstler sind andere Hilfen aus dem Bundeswirtschaftsministerium geplant, die uns bisher noch nicht bekannt sind. Wir arbeiten als Land Nordrhein-Westfalen sehr eng in der Arbeitsgruppe zur Erstellung dieser Richtlinien mit dem Bund zusammen. Sobald die Formulierungen auf Bundesebene endgültig feststehen, werden wir auf Landesebene unsere dazu passenden Beteiligungen beraten und beschließen.

Andreas Bialas (SPD) möchte wissen, wann die Hilfen und Unterstützungen im Hinblick auf Energiesparkonzepte abrufbar seien, ob es in den Kommunen entsprechende Konzepte gebe und an wen man sich wenden könne.

Dr. Werner Pfeil (FDP) sagt, es gebe auf der einen Seite die Problematik der gestiegenen Preise, auf der anderen Seite wolle man nicht langfristig mit Notfinanzierungen arbeiten, sondern die Kultureinrichtungen resilienter gestalten. Vor dem Hintergrund frage er, ob es dafür Fördertöpfe gebe, wie, wenn ja, die Mittel ausgeschüttet würden und wie das im Verhältnis zu dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds stehe.

Ministerin Ina Brandes (MKW) gibt zur Antwort, das Dreisäulenprogramm sei so ausgestaltet, dass man sich zum einen um die akute Soforthilfe kümmere, um die Energiekosten zu senken und so die Einrichtungen kurzfristig auf der Kostenseite zu entlasten. Daneben gebe es die Säule der Resilienz, in der es um den Punkt gehe, den der Abgeordnete Pfeil angesprochen habe. Es gebe ein laufendes Programm mit dem Namen ÖkoKult, in dem es genau darum gehe. Ein Baustein dieses Programms sei, dass man Transformationsmanagerinnen und -manager ausbilde, die sich um die Frage kümmern, wie eine bessere energetische Aufstellung der Einrichtungen erfolgen könne. Darüber hinaus sei in diesem Programm eine Acht-Millionen-Säule enthalten für Maßnahmen zur energetischen Sanierung, also tatsächlich für bauliche Maßnahmen. Dies gebe es seit Anfang 2022. Die Maßnahmen gingen jetzt in die Umsetzung. Ziel sei, das auszuweiten. In der Tat könne es nicht darum gehen, lediglich kurzfristig zu helfen, sondern es müsse darum gehen, langfristig die Energieverbräuche zu senken sowie die Einrichtungen von schwankenden Energiekosten unabhängiger zu machen und deren CO₂-Bilanz zu verbessern. Dies seien natürlich gleichzeitig Klimaschutzmaßnahmen. Damit schlage man zwei Fliegen mit einer Klappe.

Mit Blick auf kurzfristige Maßnahmen habe man sich mit den Landschaftsverbänden zusammengetan und gemeinsam eine Beratungsplattform gegründet, die Energieberatung für Kommunen und Einrichtungen anbiete. Unabhängig davon hätten sich natürlich schon viele Kommunen und viele größere Einrichtungen alleine auf den Weg gemacht und Einsparprogramme und Maßnahmen zur energetischen Sanierung auf den Weg gebracht. Man habe nun diese Plattform geschaffen, um Einrichtungen dauerhaft und strukturell bei diesen Themen unterstützen zu können. Die Umsetzung hänge an diesem Dreisäulenprogramm, was die baulichen Maßnahmen angehe. Es werde nun gemeinsam mit den Einrichtungen etwas vorbereitet, was dann Anfang des Jahres in eine Vorlage an den HFA münden werde.

3 Verschiedenes

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, dass ihr seit heute die Genehmigung des Landtagspräsidenten für die Ausschussfahrt nach Berlin vom 18. bis 20. Februar 2023 vorliege. Derzeit werde die Teilnahme abgefragt. Sie bitte darum, diese bis zum Stichtag zu beantworten, um anschließend planen zu können.

Im Kreise der Obleute sei angeregt worden, die Christo-&-Jeanne-Claude-Ausstellung zu besuchen. Auch hier sei eine Abfrage erfolgt. Sie werde zeitnah mitteilen, wann diese Ausstellung im Düsseldorfer Kunstpalast besucht werde.

Andreas Bialas (SPD) regt an, die neue Leitung der Ruhrtriennale und den neuen Präsidenten der Kunststiftung einmal in den Ausschuss einzuladen.

Vorsitzende Christina Osei begrüßt die Anregung. Das werde man in der Obleuterunde besprechen. Es gebe sicherlich noch einige andere Personen, die man gerne in den Ausschuss einladen könne.

Sven Werner Tritschler (AfD) fragt nach dem Termin der nächsten Obleuterunde.

Vorsitzende Christina Osei antwortet, einen Termin könne sie noch nicht nennen, diesen werde sie aber sehr kurzfristig mitteilen.

gez. Christina Osei
Vorsitzende

23.11.2022/15.12.2022